

Antrag Nr. 1

der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen
an die 176. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 11. November 2021

GEMEINSAM AUS DER KRISE IN EINE BESSERE ZUKUNFT

In den kommenden Monaten stellen sich besondere Herausforderungen, wobei es einerseits darum geht die Folgen der COVID-Krise zu überwinden, andererseits darum, zentrale Weichen zu stellen, um das Leben der Arbeitnehmer:innen dauerhaft zu verbessern. Dabei stehen insbesondere drei Themen im Fokus:

- „Arbeitsmarktpolitik – in Verknüpfung mit dem gerechten Wandel“
- „Sozialstaat fit für 2030 machen“
- „Vereinbarkeit – Geschlechtergerechtigkeit“

Mit diesen Themen kann der Gestaltungswille von AK und ÖGB anschaulich vermittelt werden, gleichzeitig können wir unseren Mitgliedern Perspektive und Stabilität für die Zukunft geben. Für die Beschäftigten soll sicht- und greifbar sein, dass AK und ÖGB auch in Zeiten des Umbruchs für sie da sind.

„Arbeitsmarktpolitik – in Verknüpfung mit dem gerechten Wandel“

Die Ausgangsposition Österreichs für die Herausforderungen des schon laufenden Strukturwandels ist grundsätzlich eine sehr gute. Ein stabiler und gut funktionierender Sozial- und Wohlfahrtsstaat, innovative Unternehmen mit ihren qualifizierten und motivierten Beschäftigten und eine gut ausgebaute moderne Infrastruktur bieten eine solide Basis, um gut und sozial ausgewogen durch den Prozess des Wandels zu kommen.

Einen wesentlichen Beitrag zu einem gerechten und fairen Wandel muss die Politik leisten – insbesondere auch die Arbeitsmarktpolitik. In der Gestaltung eines „gerechten Wandels“ bzw. einer „Just Transition“ muss es vorrangig darum gehen, arbeitsmarktpolitische Instrumente und Maßnahmen so zu gestalten, dass die Chancen für (regionale) Wertschöpfung und Beschäftigung des grünen Strukturwandels genutzt werden können, und gleichzeitig müssen jene, die stark negativ vom Strukturwandel betroffen sein werden, sozial abgesichert und bei einer Neuorientierung unterstützt werden.

„Sozialstaat fit für 2030 machen“

Soziale Sicherheit und sozialer Ausgleich haben Österreich stark und erfolgreich gemacht. Viele Länder sehen unseren Sozialstaat zu Recht als Vorbild. Während der Corona-Krise hat der Sozialstaat vielfach gezeigt, was er alles kann. Bewährte Institutionen des Sozialstaats, denen die Bevölkerung vertraut, sind eine wesentliche Voraussetzung für Wohlstand. Die COVID-Krise hat in vielen Bereichen ein soziales Ungleichgewicht deutlich sichtbar gemacht. Nun geht es darum, auf vielen Ebenen gegenzusteuern, und die Folgen der Krise nachhaltig einzudämmen. Gleichzeitig hat die Pandemie aber auch gezeigt, wie wichtig ein funktionierender Sozialstaat ist: in der Krise, und auch in jeder Phase des Lebens.

Bei all den hervorragenden Leistungen des österreichischen Sozialsystems stellen sich neue, große Herausforderungen: Die Digitalisierung verändert gravierend die Arbeitswelt und bringt neue Beschäftigungsformen hervor, der demografische Wandel wirkt sich insbesondere beim Bedarf nach professioneller Pflege schon jetzt spürbar aus und der Umbau zu einer klimagerechten Gesellschaft kann nur gelingen, wenn dieser auch sozial gerecht gestaltet wird. Damit der Sozialstaat aber weiterhin Sicherheit und Stabilität gewährleisten kann, muss er laufend weiterentwickelt und angepasst werden – insbesondere muss seine Finanzierung nachhaltig sichergestellt und gerechter werden.

„Vereinbarkeit und Geschlechtergerechtigkeit“

Ein wesentlicher Faktor für die Ungleichheit von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt ist die ungleiche Verteilung unbezahlter Haus-, Betreuungs- und Familienarbeit. Der Großteil der unbezahlten Arbeit wird von Frauen erbracht. Lücken bei Kinderbetreuung, Ganztagschulen und Pflege haben eine geringere Erwerbsbeteiligung, schlechtere Arbeitsmarktchancen und die unzureichende soziale Absicherung von Frauen zur Folge. Die Corona-Pandemie hat zu einer massiven Mehrbelastung insbesondere von Frauen geführt und birgt das Risiko, die Ungleichverteilung zwischen den Geschlechtern noch zu verstärken.

Zentrale Hebel für Geschlechtergerechtigkeit liegen in einer gerechten Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit, familienfreundlichen Rahmenbedingungen zur Unterstützung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und der Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Frauen. Die Wechselwirkung zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit muss sichtbar gemacht werden und zu einer gerechteren Verteilung führen.

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien fordert daher von der Bundesregierung:

Im Bereich Arbeitsmarkt in Verknüpfung mit einem gerechten Wandel

- **Einführung eines Rechts auf Weiterbildung und Qualifizierung für Beschäftigte und Arbeitsuchende (Qualifizierungsgeld).**
- **Aufstockung der Mittel für berufsbezogene Aus- und Weiterbildung in der Arbeitsmarktförderung sowie für die „Transformationsarbeitsstiftung“ und für Arbeitsstiftungen im Zusammenhang mit dem ökologischen Strukturwandel in der heimischen Wirtschaft**
- **Effektive, zielgerichtete und rasche Umsetzung der im Just Transition Fonds („JTF“) bereitgestellten Mittel unter Einbindung der Sozialpartner.**
- **Angebote für öffentliche Beschäftigung für Langzeitarbeitslose in Form von Normalarbeitsverhältnissen im Rahmen gemeinnütziger sozial-ökologischer Vorhaben in den Kommunen (Jobgarantie).**
- **Armutsfeste Existenzsicherung und qualifikationsadäquate Vermittlung von Arbeitslosen durch eine Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld von 70% und modernisierte Zumutbarkeitsregeln, die nachhaltige Einkommensverluste sowie Verlust von beruflichen Qualifikationen nach einer Arbeitslosigkeit vermeiden, in der Arbeitslosenversicherung**

Für einen starken Sozialstaat, der auch die Herausforderungen 2030 meistern kann

- Eine nachhaltige und gerechte Finanzierungsstruktur: Vermögende und Konzerne, insbesondere auch Online-Handelsriesen wie zB Amazon, müssen endlich dauerhaft einen angemessenen Beitrag zum Sozialstaat leisten und gerechte Steuern zahlen.
- Die Resilienz des Sozialstaates muss erhöht und Lücken im bestehenden System geschlossen werden, um ein gelungenes und planbares Leben für alle zu ermöglichen. Dabei sind vielfältige Aspekte zu berücksichtigen – begonnen von der besseren personellen Ausstattung im Gesundheits- und Pflegebereich, dem Umgang mit neuen Problemen wie Long COVID, den Ausbau sozialer Infrastruktur bis hin zur besseren Absicherung neuer Arbeitsformen.
- Der Sozialstaat muss einen aktiven, positiv gestaltenden Beitrag bei der sozial gerechten Bewältigung der großen Umbrüche in der Gesellschaft – Digitalisierung, sozial-ökologische Transformation und demografischer Wandel – leisten.

Für bessere Vereinbarkeit und mehr Geschlechtergerechtigkeit:

- Familienförderung muss stärker auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und eine partnerschaftliche Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit ausgerichtet werden. Ein wichtiger Beitrag dazu ist das von AK und ÖGB erarbeitete Modell der Familienarbeitszeit.
- Familienleistungen wie das Kinderbetreuungsgeld oder die Familienbeihilfe müssen auch verständlich ausgestaltet werden und unbürokratisch sowie rasch ausbezahlt werden. Zudem soll der frühe Wiedereinstieg von Frauen unterstützt und die Väterbeteiligung gefördert werden.
- Ausbau von sozialer Infrastruktur: In der Elementarbildung müssen ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem 1. Geburtstag, eine nachhaltige Finanzierung in der Höhe des EU-Schnitts der Ausgaben für Kinderbildung sowie ein bundeseinheitliches Rahmengesetz rasch umgesetzt werden. Auch der Ausbau von Ganztagschulen und von Angeboten für pflegebedürftige ältere Menschen sind für bessere Vereinbarkeit von wesentlicher Bedeutung.
- Die Attraktivität von Arbeitsplätzen ist ein entscheidender Faktor dafür, ob sich Frauen am Arbeitsmarkt beteiligen können oder in eine arbeitsmarktferne Position zurückgedrängt werden. Für Geschlechtergerechtigkeit braucht es daher auch verbesserte Arbeitsbedingungen und Einkommensperspektiven für Frauen.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich